

Mehr-Ebenen- Demokratie in Europa

Frank Schimmelfennig (ETH Zürich)

ZDA, August 2026

Demokratiedefizit der EU?

- Virulente Debatte in den 1990er und 2000er Jahren
 - < Übergang zu qualifizierter Mehrheit
 - < stärkere Eingriffe in nationale Kernkompetenzen (Währung, Grenzen etc.)
- Aktueller Fokus auf Kapazitätsbildung und Krisenbewältigung
 - Aber: Demokratiekosten, «Notstandspolitik»
- Relevant auch für Nichtmitglieder wie die Schweiz oder Norwegen
 - Demokratieverlust durch partielle Integration?

Herausforderungen

- Distanz
- Kollektive Identität und Solidarität
- Öffentlichkeit
- Politische Organisationen (Parteien, etc.)

→ ohne «Demos» keine Demokratie !?

→ unvollständige Demokratie auf EU-Ebene, ausgehöhlte Demokratie auf nationaler Ebene !?

Die EU als Mehr-Ebenen-Demokratie

*Demokratische Union demokratischer Staaten und Staatsvölker
(«Demoikratie»)*

Bereiche hoher Identitätsanforderungen und staatliche Kernfunktionen → geringe supranationale Kompetenzen (staatliche Souveränität, Einstimmigkeitsvorbehalte)

Demokratische Prozesse auf EU-Ebene nehmen Rücksicht auf Repräsentation der Staatsvölker (Kompromisse zwischen politischer Gleichheit der Bürger und Staaten)

Aussen-, Sicherheits- und
Verteidigungspolitik
Steuerpolitik
Wohlfahrtsstaat
Familien- und Staatsbürgerschaftsrecht
Kultur, Bildung, Sprache

Degressive Proportionalität im
Europäischen Parlament
Hohe Mehrheitsanforderungen im Rat

Überblick

Formale Demokratie

- Wahlen und Gesetzgebung in der EU
- Partizipative Verfahren
- Nationale parlamentarische Kontrolle

Wahrgenommene Demokratie

- Wahlbeteiligung
- Vertrauen in Institutionen
- Zufriedenheit

Wechselwirkungen Union-Mitgliedstaaten

- Aushöhlung nationaler Demokratie?
- Stärkung nationaler Demokratie?

Repräsentation

- Indirekt demokratisch gewählt
 - Europäischer Rat (Regierungschefs)
 - Rat der EU (Minister)
 - Kommission
- Direkt demokratisch gewählt
 - Parlament

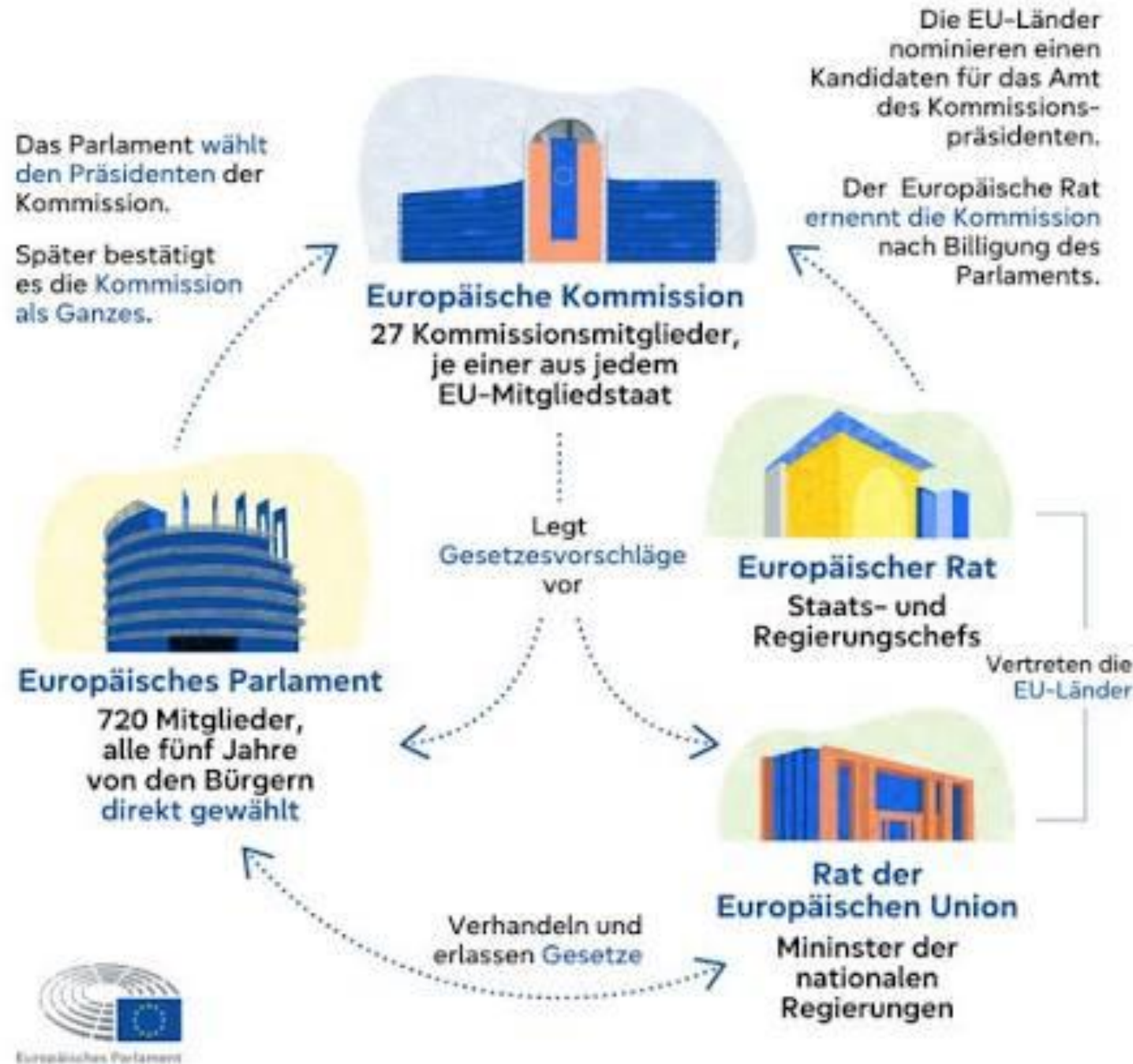
Gesetzgebung

- Kommission (Vorschlag)
- Parlament und Rat (Ko-Gesetzgeber)

Ohne parlamentarische Zustimmung

- Keine Gesetze
- Keine Kommission
- Kein Haushalt
- Keine (anspruchsvollen) Verträge

Formal: **föderalistische repräsentative Demokratie**



Partizipative Demokratie: Europäische Bürgerinitiative

- Volksabstimmungen über Verträge in einzelnen Mitgliedstaaten (aber nicht europäische geregelt)

Europäische Bürgerinitiative

- Funktion: Agendasetzung, aber zwingt weder zu Gesetzgebung noch zu Volksabstimmung
- Vorschlag: 7 (Bürger) aus 7 (Staaten), dann 1 Million Unterschriften in 7 Ländern mit Quorum
- 131 registriert; 28 erfolgreich; 14 von Kommission förmlich beantwortet (Sommer 2026)
- Vor allem Umwelt, Tierschutz, Lebensmittel: in Gesetzgebungsagenda aufgenommen

Subsidiaritäts- Kontrolle: nationale Parlamente

- Nationale Parlamente kontrollieren nationale Regierungen, aber national sehr unterschiedlich
 - → zunehmende Bedeutung, vor allem wichtig, wo EP keine Kontroll- und Mitentscheidungsrechte hat
- Plus Subsidiaritätskontrolle bei Gesetzesvorschlägen
 - Gelbe Karte (3): Ein Drittel der Parlamente (ein Viertel im Bereich innerer Sicherheit): Kommission überprüft
 - Orange Karte (0): Mehrheit der Parlamente → EP/Rat können Gesetz stoppen
 - → schwaches kollektives Kontrollinstrument

Zwischenfazit

-
- Wahl- und Entscheidungsverfahren auf EU-Ebene entsprechen weitgehend Standards einer föderalen repräsentative Demokratie.
 - Begrenzung supranationaler Kompetenzen und nationale Vetorechte tragen nationaler Identität Rechnung.
 - Degressive Proportionalität und differenzierte Stimmgewichte berücksichtigen unterschiedliche Grösse der Staatsvölker.
 - Parlamentarische und direkte Beteiligung an EU-Rechtsetzung sind national unterschiedlich stark ausgeprägt.
 - EU-Beteiligungsverfahren für Bürger und nationale Parlamente bleiben vergleichsweise schwach.

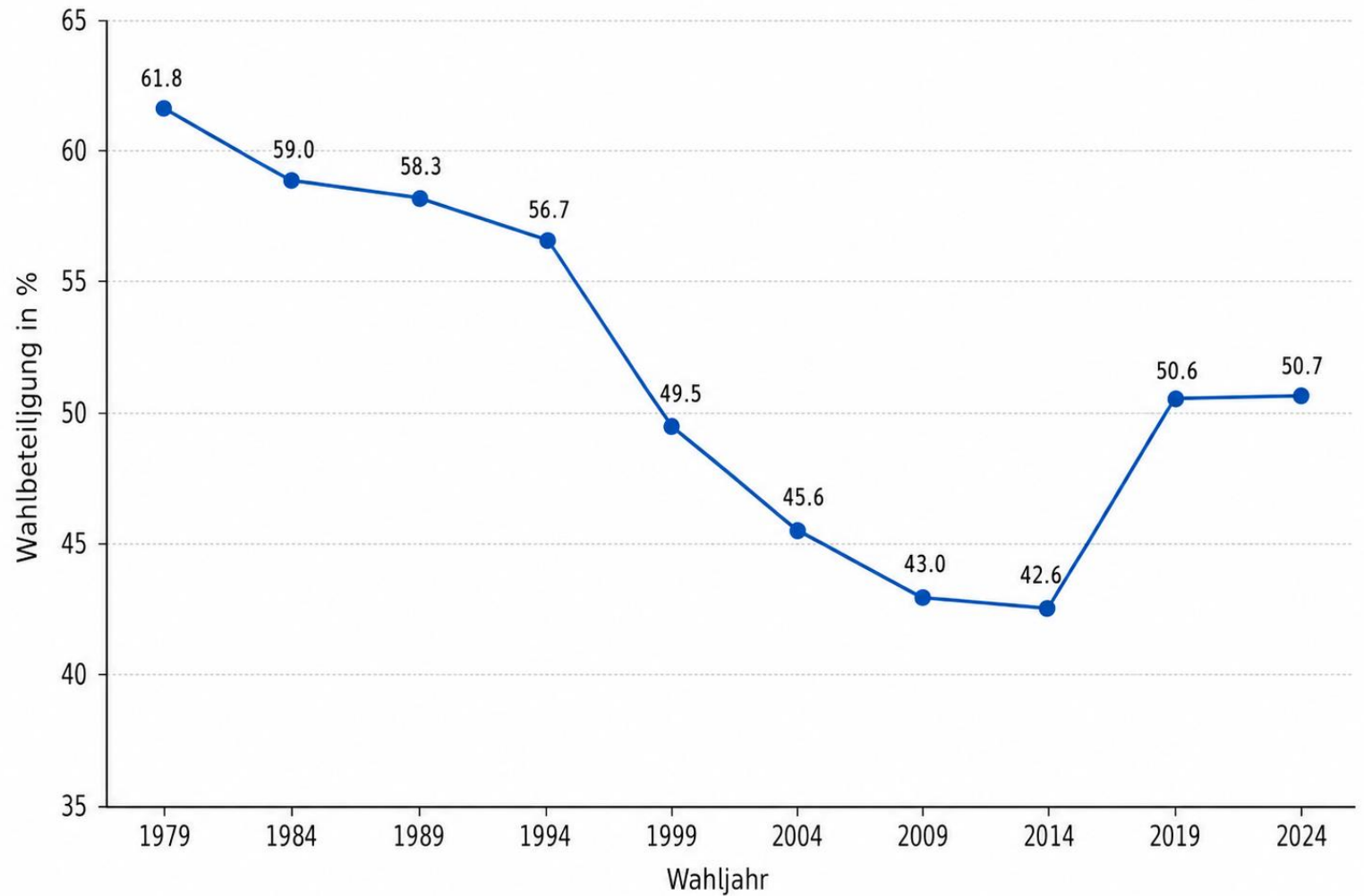
Wahlbeteiligung

Starke nationale
Unterschiede

Starke nationale Prägung

Keine transnationalen
Parteien

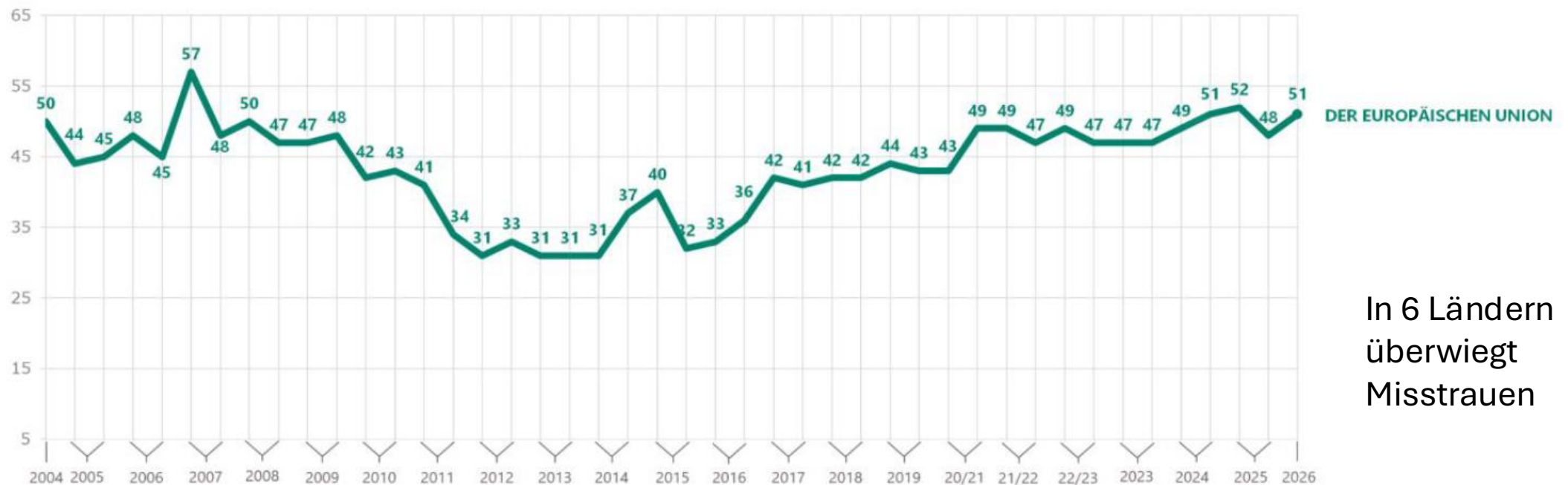
Wahlbeteiligung bei den Europawahlen, EU-weit (1979–2024)



Quelle: Europäisches Parlament

Vertrauen in die EU

QA6.12 Wie viel Vertrauen haben Sie in bestimmte Institutionen? Geben Sie bitte für die folgenden Institutionen an, ob Sie diesen eher vertrauen oder eher nicht vertrauen. Wie ist es mit ...? (% - EU - Eher vertrauen)

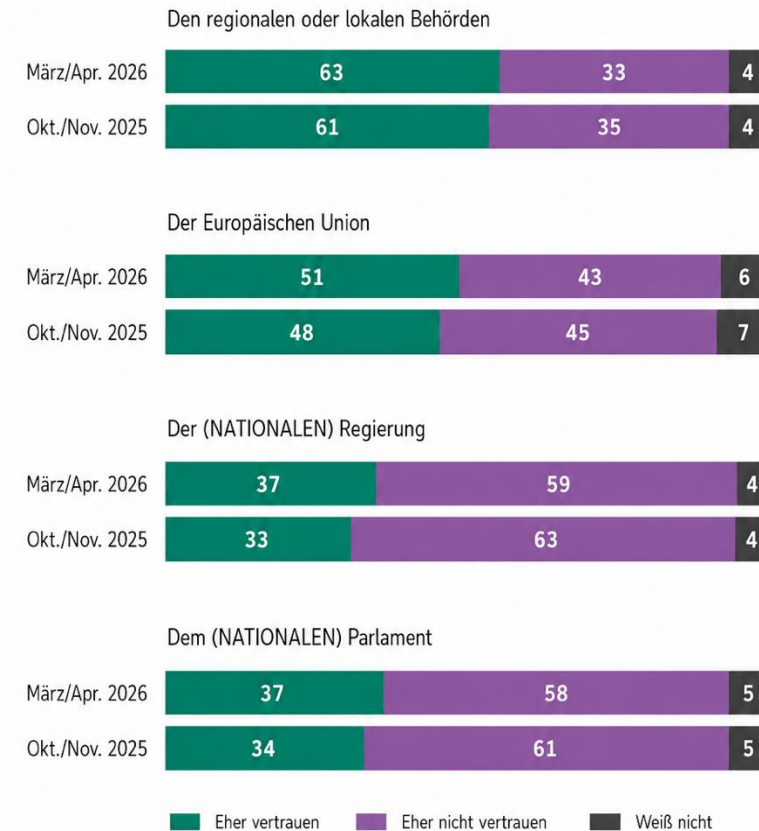


Vertrauen in die EU

- Warum Vertrauen?
- Am häufigsten genannte Antwort (42%):
«Die EU schützt die Demokratie und die Grundwerte»

Standard Eurobarometer 105 Frühjahr 2026

QA6: Wie viel Vertrauen haben Sie in bestimmten Institutionen? Geben Sie bitte für die folgenden Institutionen an, ob Sie diesen eher vertrauen oder eher nicht vertrauen. Wie ist es mit ...? (EU27) (%)

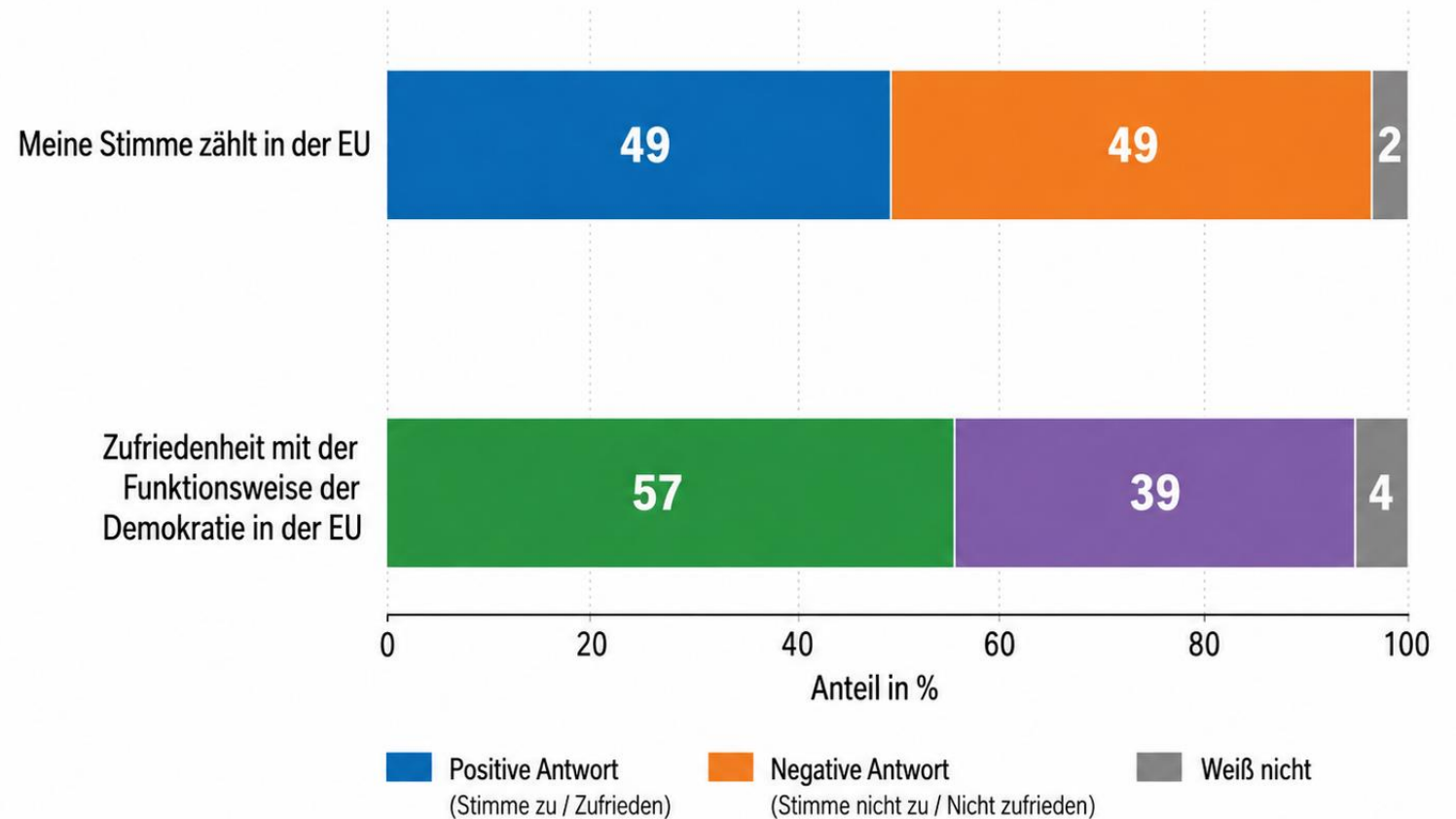


März/Apr. 2026

Zufriedenheit mit Demokratie und Selbstwirksamkeit

EU-Durchschnitte: Politische Wirksamkeit und Demokratiezufriedenheit

Standard Eurobarometer 105, Frühjahr 2026



Quelle: Europäische Kommission, Standard Eurobarometer 105 (Frühjahr 2026), EU27.

Aushöhlung nationaler Demokratie?

- In Deutschland ca. 25% Bundesgesetze mit EU-Umsetzungsbezug (1990-2025, aktuell 27%) (Wimmel 2026, ähnliche Studien in anderen Mitgliedstaaten)
 - Landwirtschaft (65%), Umweltpolitik (45%) <-> Aussen, Verteidigung (1-3%)
- Aber: indirekte Anpassung, direkt wirksame Verordnungen?
- Norwegen (Europautredningen 2012): ebenfalls ca. 30% (80% Umwelt/Klima), aber ohne demokratische Mitwirkung

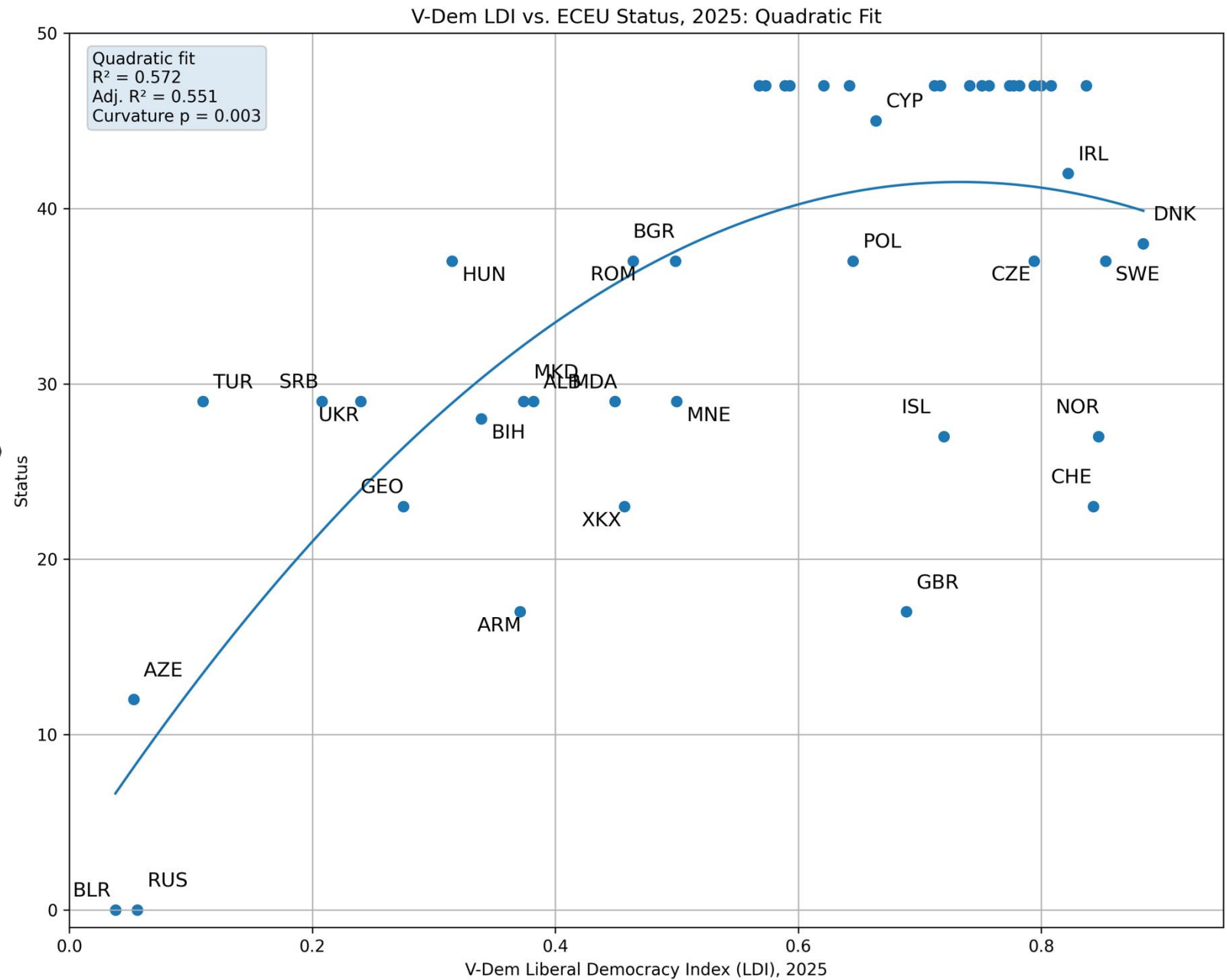
Stärkung nationaler Demokratie?

Fokus auf «liberaler» Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Kontrolle

- Beitrittsprozess
- Monitoring von Mitgliedstaaten (Berichte)
- Vertragsverletzungsverfahren (wenn EU-Recht betroffen)
- Rechtsstaatskonditionalität (Finanzmittel)
- Stärkung der Öffentlichkeit (Medienpluralismus)
- Schutz vor externen Einflüssen (Democracy Shield)
- Entzug von Stimmrechten (Art. 7)

Indirekter Einfluss, letztlich abhängig von nationalen Wahlen etc. (siehe Ungarn)

Demokratie und Integration





Zusammenfassung

Demokratie ohne einheitlichen Demos ('Demoi-kratie'), Mehr-Ebenen-Demokratie

- EU-Ebene genügt Anforderungen an repräsentative föderale Demokratie
 - bei Rücksicht auf nationale Identitäten und ungleiche Grösse der Staatsvölker
 - bei schwacher und ungleicher parlamentarischer und direkt-demokratischer Beteiligung
 - bei starker Rolle von nationalen Regierungen
 - EU geniesst relativ hohes Vertrauen, einschliesslich Vertrauen in die EU-Demokratie
 - EU dominiert nationale Gesetzgebung nicht, trägt zu Schutz und Stärkung nationaler Demokratie bei
-